

Bündnis90/Die Grünen
Fraktion im Rat der Gemeinde Gleichen

Haushaltsrede 2024



Der aktuelle Haushaltsplan zeigt in unserer Gemeinde wie in anderen auch diverse Dilemmas auf, mit denen der Gemeinderat in den Haushalts-Beratungen konfrontiert war und ist:

Einerseits haben wir eine mangelhafte finanzielle Ausstattung wie z.B. die nicht ausreichenden Landeszuweisungen, andererseits besteht ein erheblicher Investitionsbedarf. Die Gemeinde verfügt nur über eine geringe Steuerkraft. Sie ist von Finanzmitteln des Landes abhängig, die durch fallende Einwohnerzahlen zukünftig noch weniger auskömmlich sein werden.

Die Gemeinde kann nur geringfügig die Einnahmesituation beeinflussen. Eine Erhöhung der Hebesätze kam und kommt nicht in Frage.

Einsparungen sind nur begrenzt möglich, da es sich bei den Investitionen überwiegend um Pflichtaufgaben handelt und die Projekte Maßnahmen zur Daseinsfürsorge darstellen.

Auch andere Kommunen gehen den Weg der Verschuldung, um wichtige Investitionen tätigen zu können.

Unsere Infrastruktur ist – auch aufgrund eklatant unterlassener Investitionen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten – vernachlässigt worden. Kostensteigerungen belasten unsere Bauprojekte, erhöhte Personalausgaben und Sachleistungen kommen hinzu. Durch begrenzte Möglichkeiten die Einnahmen zu erhöhen, wird zukünftig eine erhebliche Schuldenlast entstehen. Die mittelfristige Finanzplanung wird voraussichtlich ab 2025 nicht mehr ausgeglichen sein, so dass die dauernde Leistungsfähigkeit nicht gegeben ist.

Wir sehen die Notwendigkeit der geplanten Ausgaben und Investitionen. Allerdings hat der zeitweilige mangelnde Informationsfluss bei uns GRÜNEN zu Verwirrung und Misstrauen geführt und eine konstruktive Zusammenarbeit erschwert.

Die Verzögerung von Informationen führte bei den Haushaltsberatungen zu massivem Zeitdruck und hat dadurch eine qualifizierte Entscheidungsfindung behindert.

Informationen zu den Personalveränderungen kamen sehr kurzfristig bzw. wurden uns Ratsmitgliedern sogar erst nach einer bereits getroffenen Entscheidung mitgeteilt.

Der Haushaltsplan gilt als Steuerungsinstrument für die Ratspolitik. Um die Entwicklung und den Stand der Haushaltswirtschaft überblicken zu können, ist für uns Ratsmitglieder ein Vorbericht zur Analyse der finanziellen Lage und deren weiterer Entwicklung notwendig.

Diese wichtige Anlage zum Haushaltsplan ist uns ohne Begründung nicht ausgehändigt worden. Erst auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass nur in den Jahren 2022 und 2023 ein Vorbericht erstellt wurde.

Ohne Vorbericht fehlte uns eine Gesamtübersicht, strategische Ziele und eine aktuelle Priorisierung der geplanten Maßnahmen.

Die gesetzliche Vorgabe sieht die Erstellung eines Vorberichts vor, um die Komplexität der Haushaltszahlen und deren Auswirkungen entsprechend einordnen zu können.

Rückblickend auf die vergangenen Haushaltsentwürfe – auch **vor** 2022 – wurde außerdem deutlich, dass ein solcher Vorbericht vorlag., und zwar vor der Beschlussfassung im Rat.

In einer Mail von Seiten der Verwaltung vom 04. März 2024 wurde außerdem mitgeteilt, dass der – Zitat – „Zeitplan für die Beschlussfassung über den Haushalt 2024 [...] in diesem Jahr nicht einmal zu[lässt], dass die endgültigen Zahlen der Haushaltssatzung zum Ratsbeschluss bekannt sind.“ Ausgehend von dieser Aussage fragen wir uns, was wir heute beschließen bzw. beschließen können.

Die Einsicht in die notwendigen Investitionen bei gleichzeitiger Unzufriedenheit mit dem unzureichenden Informationsfluss stellen für uns Gründe dar, den Haushalt weder abzulehnen noch ihm zuzustimmen. Die Enthaltung soll auch unsere zeitweilige Unzufriedenheit mit den bestehenden Kommunikationsstrukturen ausdrücken:

Wir haben im letzten Haushaltsjahr immer wieder auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Kommunikationsstrukturen hingewiesen, z.B.

- Informationen rechtzeitig und transparent zu erhalten,
- Zu Veränderungen bezüglich der Personalstruktur einbezogen zu werden
- Relevante Informationen – beispielsweise Sitzungsprotokolle – rechtzeitig vorliegen zu haben

Trotz Enthaltung sind wir auch weiterhin an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert. Problematisch sehen wir allerdings den immensen Zeitdruck durch eine späte Haushaltseinbringung, die Kurzfristigkeit der Änderungen und dadurch zusätzlich anberaumte Sitzungen ohne ausreichend Vorbereitungszeit. Dies erschwert eine fundierte und verantwortungsvolle Entscheidungsfindung. Dennoch bleibt eine Beteiligung an der politischen Willensbildung für uns selbstverständlich.

Fraktion B90/Die Grünen, Gleichen, 6.3.2024